Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 25

Artikel: Im Rahmen der sowjetischen Reorganisation : der Wissenschaftsbetrieb wird überprüft

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076446

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Im Rahmen der sowjetischen Reorganisationen

Der Wissenschaftsbetrieb wird überprüft

Neben der Neugestaltung weiter straf- und arbeitsrechtlicher Gebiete ist in der Sowjetunion zurzeit auch die Reorganisation der Wissenschaften in vollem Gang. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte sie auf dem Gebiete der massgeblichen Diskussion bei der Allunionskonferenz der Wissenschafter vom 8. bis 12. Juni in Moskau und auf dem Gebiete der Beschlussfassungen durch ein kurz darauf erlassenes Dekret von Partei und Regierung. Beidesmal zeigt sich deutlich die Tendenz nach stärkerer Eingliederung der Wissenschaften ins wirtschaftliche Leben, sowie nach dem allgemeinen Ausbau einer nutzbringenden Forschungs- und Versuchsarbeit.

Grosses Potential

Anfang des letzten Jahres gab es in der UdSSR nicht weniger als 3548 Forschungsstätten, von denen sich 1981 auf dem Territorium der Russischen Republik (RSFSR) befanden. Im ganzen Unionsgebiet zählt man heute rund 11 000 Doktoren der Wissenschaften, und die Zahl der Kandidaten der Wissenschaften liegt nur noch wenig unter 100 000. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre stieg die Zahl der Wissenschafter von 98 000 auf 213 000. Imposant ist ebenfalls die Zunahme der Hochschulabsolventen, namentlich in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern. So beendeten 1959 allein in der RSFSR rund 75 000 Ingenieure ihr Studium.

Das gleiche Bild einer ungeheuren Entwicklung ergibt sich aus der Finanzierung des Forschungsprogramms. Von 1950 bis 1958 stiegen die auf der Unionsebene für wissenschaftliche Forschung (Versuchsanstalten usw.) aufgewendeten Mittel von 5,3 auf 15,0 Milliarden alte Rubel, wobei die Gelder für die Hochschulen nicht inbegriffen sind. Diese Ausgaben erreichten vor einigen Jahren einen Plafond von etwa 11 Milliarden Rubel, der in der Folge nicht wesentlich erhöht wurde. Nicht eingeschlossen sind ferner bei den erwähnten Mitteln für Forschungszwecke alle Ausgaben für Institutionen, welche den einzelnen Republiken, resp. deren Wirtschaftsministerien unterstehen.

Hier zeigt sich allerdings eine eher rückläufige Tendenz (die Aufwendungen belaufen sich auf jährlich gut drei Milliarden alte Rubel), die durch die verstärkte Zentralisierung zu erklären ist.

Die Reorganisation ...

von Wissenschaft und Hochschulwesen machte sich diesen Frühling schon durch eine Anzahl von Dekreten bemerkbar. Sie betrafen einmal die landwirtschaftliche Forschung (siehe KB Nr. 13), die nach den Rückschlägen im Agrarsektor erhöhte Dringlichkeit erhielt. Bereits Ende des letzten Jahres hatten sich administrative Massnahmen mit einer stärkeren Kontrolle von Wissenschaft und Hochschulen durch staatliche Organe und Partei befasst (siehe KB Nr. 5), eine der wichtigen Komponenten für die wissenschaftliche Entwicklung in der Aera Chruschtschew. Ihre Bestätigung erhielt die neue Tendenz vor allem durch den Beschluss von Zentralkomitee der Partei und Ministerrat der UdSSR vom 12. April (siehe Memo KB Nr. 16), durch den ein Staatskomitee für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung bei der Regierung errichtet wurde. Durch dieses Organ werden die Kompetenzen der Akademie der Wissenschaften (KB Nr. 15) zugunsten des Staates vermindert. Präsident des Komitees wurde der stellvertretende Ministerpräsident Chrunitschew. Den administrativen Aenderungen folgten dann noch personelle Umbesetzungen, vor allem mit der Ernennung Keldyschs (siehe Curriculum KB Nr. 22)) zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und jetzt die kürzliche Ernennung Rudnews (siehe Curriculum) als Leiter des Koordinationskomitees beim Ministerrat.

... in der Vorbereitung

An der erwähnten Allunionskonferenz der Wissenschafter in Moskau nahmen unter anderm der stellvertretende Ministerpräsident Kosygin und der Akademiepräsident Keldysch teil, die beide mit grossen programmatischen Referaten die zukünftige Gestaltung der wissenschaftlichen Planung erkennen liessen.

Zunächst wurde mit zahlreichen schon in Rückbildung begriffenen Institutionen des Wissenschaftsbetriebes abgerechnet.

Der ganze Fragenkomplex Entwicklung der wissenschaftlichen Tätigkeit zerfällt in einzelne Abschnitte, die in der allgemeinen Diskussion, die seit Jahren in der Fach- und Tagespresse geführt wird, in den Vorträgen an der erwähnten Unionskonferenz und in den Regierungsbeschlüssen zum Ausdruck kommen: die Feststellung der Mängel der bisherigen Organisation der wissenschaftlichen Forschung und der wissenschaftlichen Ausbildung; die Notwendigkeit der Planung und Koordination der wissenschaftlichen Tätigkeit; die Ausbildung der wissenschaftlichen Kader. Eines der Mängel ist die weitgehende Parallelität in der Forschung zwischen den einzelnen Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften und den Forschungsinstituten, die den Wirtschaftszweigen angeschlossen sind. Die Verzettelung der wissenschaftlichen Kräfte und der finanziellen Mittel ist dabei gewaltig. Als Hauptnachteil der bisherigen Tätigkeit der Akademie der Wissenschaft bezeichnet man das Vorherrschen der Untersuchungen über verschiedene Themen, die den speziellen Bedürfnissen der einzelnen Industrien oder Wirtschaftszweige dienten und die Vernachlässigung der Grundlagenforschung und der wichtigten theoretischen Probleme.

Dies geht auf das frühere System der Wirtschaftsorganisation zurück, als jedes Ministerium ein Reich für sich war, und die Forschungsinstitute nur mit Problemen beauftragt hatte, die ihr Arbeitsgebiet betrafen.

Drei Phasen

Der Staatsplan für die wissenschaftliche Forschung wird nach den Vorschlägen der Unionskonferenz folgende drei Abschnitte oder Etappen umfassen:

1. Die Lösung wichtiger und umfangreicher volkswirtschaftlicher Probleme, die bereits im Stadium der Untersuchung und der Versuche stehen. Dazu gehören z. B. die Untersuchungen über die Automation, über die Polymerstoffe, über die Gasturbinen, über neue Metalle und Legierungen.
2. Die wissenschafliche Erforschung von Fragen und die Lösung von Problemen der Volkswirtschaft, die sich schon abzeichnen und in der nächsten Zukunft gelöst werden müssten. Hiezu gehören: die Untersuchungen über die thermonukleare Synthese, die direkte Umwandlung der Wärmeenergie in die elektrische Energie usw.
3. Grundlagenforschung zur Feststellung der Gesetzmässigkeiten der Natur. Dieser Abschnitt der wissenschaftlichen Tätigkeit ist am schwierigsten zu planen und seine Ergebnisse können kaum vorausgesehen werden, handelt es sich doch um grundsätzlich neue Lösungen und um die Entdeckung neuer Erkenntnisse zur Ausnützung der Naturgesetze für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Mit diesen Arbeiten und mit ihrer Planung befasst sich die Akademie der Wissenschaft, die über die qualifiziertesten Kräfte verfügt.

Da die Forschungen speziell in der ersten und zweiten Etappe als komplexe Aufgaben zu beurteilen sind und weil zwi-

Meldungen von morgen

Die Aufnahme des direkten Luftverkehrs zwischen New York und Moskau scheint sich anzubahnen. Laut S. Nikitin, Intourist-Vizepräsident, würden die Vorverhandlungen dazu Mitte Juli in den Vereinigten Staaten beginnen.

*

Erwägt die Sowjetunion, der internationalen Copyright-Vereinbarung beizutreten? Bei Gesprächen britischer Pressevertreter in Moskau, darunter mit Chruschtschew sei sowjetischerseits die Zusicherung gegeben worden, in Zukunft würden Rechte ausländischer Autoren (deren Werke bisher in der UdSSR entschädigungslos publiziert werden, selbstverständlich auch ohne Einwilligung der Verfasser) anerkannt werden. Zuweilen sind zwar Tantiemen nach dem Westen gezahlt worden (meist bei prokommunistischen Autoren), aber eine Verpflichtung dazu besteht nicht.

*

Eine Gipfelkonferenz der Warschaupakt-Staaten steht laut Wiener diplomatischen Kreisen bevor. Ihr Zweck wäre, den sowjetischen Forderungen in bezug auf die Berlin- und Deutschlandfrage mehr Nachdruck zu verleihen.

*

Ein neues Zivilgesetzbuch ist in der SBZ in Vorbereitung. Abgeschafft werden soll der Begriff des Privateigentums. An seine Stelle tritt der Begriff des persönlichen Eigentums, ausgerichtet auf das gesellschaftliche Eigentum. «Die künftige Zivilgesetzgebung (Ersatz für das «Bürgerliche Gesetzbuch» = BGB) wird vom gesellschaftlichen Eigentum ausgehen. Dem rechtlichen Schutz des persönlichen Eigentums dient zugleich die Wahrung des sozialistischen Verteilungsprinzips bei der Realisierung des Arbeitseinkommens in äquivalenten Gütern und Leistungen.» («Neues Deutschland»)

schen den einzelnen Wissenschaften eine starke Annäherung besteht (Biologie-Medizin - Physik - Elektronik-Strahlungstechnik; Metallurgie - Chemie - Physik - Mathematik usw.) ist eine genaue Koordination der Forschung unumgänglich. Diese soll durch das neugeschaffene Staatskomitee zur Koordination der wissenschaftlichen Forschung und Planung gewährleistet werden. Ebensowichtig ist aber auch die Koordination auf den unteren Stufen: zwischen den einzelnen Institutionen, Laboratorien usw.

Hinsichtlich der Vorbereitung der wissenschaftlichen Kader unterscheidet man zwei Etappen: die Hochschule und die spezielle Vorbereitung der Wissenschaftler nach dem Absolvieren der Hochschule. Ueber die Hochschulreform wurde schon viel geschrieben, es stehen aber offensichtlich noch weitere Reformen bevor, weil auf den 4. bis 7. Juli eine Unionskonferenz der Vertreter der Hochschulen vom Zentralkomitee der Partei und vom Ministerrat einberufen worden ist. Betreffend die weitere Ausbildung nach der Hochschule und die eigentliche Vorbereitung der Wissenschaftler, wird vor allem die zu kleine Zahl der Personen mit wissenschaftlichen Titeln, sowie die Schwierigkeiten bei der Erlangung dieser Titel für Personen, die nicht an den Hochschulen, sondern in der Praxis tätig sind beanstandet. Anderseits wird bemängelt, dass viele Dissertationen keinen praktischen Wert haben und für die Doktoranden einen Selbstzweck darstellen (automatische Lohnzulagen unabhängig von der effektiven praktischen Leistung).

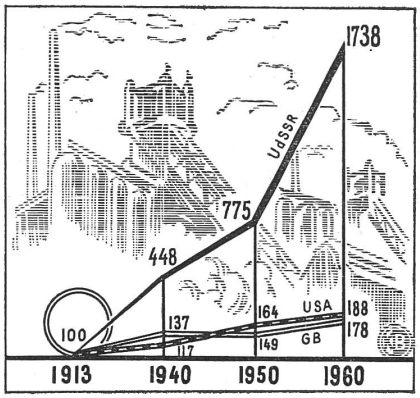
Im Beschluss-Stadium

Mit Publikationsdatum vom 17. Juni fassten das ZK der Partei und der Ministerrat einen Beschluss über die Reorganisation auf diesem Gebiet. Die wichtigsten Neuerungen können folgendermassen zusammengefasst werden: ab 1962 wird das Staatsplanungsamt in seinen Plänen eine jährliche Zunahme der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen um 1000 vorsehen; die Hochschullehrer und Dozenten, die den Grad eines Kandidaten der Wissenschaft besitzen und sich über erfolgreiche wissenschaftliche Arbeiten ausweisen können, werden von der Hochschulleitung für 2 Jahre von der pädagogischen Tätigkeit dispensiert, damit sie ihre Doktorarbeiten vorbereiten können, in dieser Zeit werden sie als wissenschaftliche Mitarbeiter eingereiht und besoldet; das Hochschulministerium und die Akademie der Wissenschaften werden jährlich Pläne für die Aufnahmezahlen der Aspiranten (Hochschulabsolventen, die an einer Kandidats-Dissertation arbeiten) nach Fachrichtungen gemäss den Bedürfnissen der Volkswirtschaft aufstellen; die industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe, sowie die Forschungsinstitute können jetzt ihre Mitarbeiter an die Hochschulen abkommandieren zwecks Vorbereitung von Dissertationen, die Voraussetzung dazu ist eine erfolgreiche zweijährige praktische Tätigkeit; die Oberste Attestationskommission hat jetzt das Recht, die in der Fachpresse veröffentlichten Arbeiten über neue originelle Maschinen, über neuartige Bauwerke, über neue technologische Betriebsprozesse usw. gleich wie Kandidats- oder Doktordissertationen zu behandeln. Die Kommission ist auch beauftragt worden, in Einzelfällen diesen Personen die sonst üblichen Prüfungen für den Grad eines Kandidaten der Wissenschaft zu erlassen.

Dieser Beschluss hat bestimmt eine sehr grosse praktische Bedeutung vor allem deshalb, weil er für viele fähige Ingenieure, Mediziner, Architekten, Chemiker usw. die in der Praxis tätig sind, ein Ansporn zur Forschungs- und Entwicklungsarbeit sein wird, die ihnen einen wissenschaftlichen Grad einträgt.

Besonders revolutionär ist der letzte Teil des Beschlusses und die Gleichstellung aller wichtigen Erfindungen und technologischen Neuerungen den Dissertationen. Dies bedeutet nämlich, dass Techniker oder sogar Arbeiter, die eine wichtige Erfindung gemacht haben unter Umständen einen wissenschaftlichen Titel tragen können, wenn sie z. B. durch Selbststudium ihre Arbeit wissenschaftlich begründen können.

Ohne Zweifel hat dieser Beschluss die Aufgabe, die Missstimmung unter der Jugend, die nach der Hochschulreform vor drei Jahren entstand, zu beheben und die Bereitschaft zur praktischen Betriebstätigkeit zu fördern. Für die allgemeine Entwicklung der Wissenschaft haben solche Massnahmen, die den Weg aus der Praxis in die Wissenschaft öffnen, bestimmt eine grosse Bedeutung.



Statistisches

UdSSR

Der tolle Vergleich

Zu den «Lebensstandard-Statistiken» mit denen die sowjetische Bevölkerung auffälligerweise besonders zur Zeit der kürzlichen britischen Industrieausstellung in Moskau gefüttert wurden (siehe KB Nr. 22) gehört auch die hier wiedergegebene Zeichnung, nach einer Darstellung der «Sowjetskaja Torgowlja» angefertigt.

Verglichen wird hier die *Zunahme des Nationaleinkommens* pro Kopf der Bevölkerung in der UdSSR, den USA und Grossbritannien. Verglichen wird selbstverständlich die prozentuale Wertzunahme (in den relativ jungen Wirtschaftsmächten des Ostblocks ohnehin das beliebteste Vorgehen — siehe KB Nr. 17), und zwar auf der Preisbasis von 1913. (Um beim zeitlichen Vergleich den realen Wertzuwachs festzustellen, werden die Werte des Volkseinkommens in konstanten Preisen eines Basisjahres angegeben, so dass die durch die Geldentwertung entstehenden Fehler ausgeschaltet werden.)

Nun ist es zunächst klar, dass die damalige russische Wirtschaft des Jahres 1913 einen völlig arbiträren Ausgangspunkt darstellt, wenn er dem Stand des Nationaleinkommens hochentwickelter Industrieländer gegenübergestellt wird. Der künstlich gezogene Nullpunkt berücksichtigt die völlig unterschiedliche Ausgangslage natürlich nicht, so dass die prozentuale Zunahme, die von einem unterentwickelten Zustand ausgehend naturgemäss viel grösser ist, eine einseitige Interpretation erfährt. (Allerdings wäre ein Vergleich der absoluten Steigerung bei den unterschiedlichen Währungen auch nicht leicht zu ziehen, besonders wenn die Konvertibilität der verschiedenen Valuten keinem realen Wertverhältnis entspricht.)

Dann ist daran zu denken, dass die Aufteilung des Nationaleinkommens «pro Kopf der Bevölkerung» eine rein rechnerische Angelegenheit ist, und in bezug auf die Lebenshaltung der Bevölkerung noch nichts aussagt. Das Volkseinkommen umfasst die Gesamtheit des Einkommens in einem Staatsgebiet, und erst die Verteilung (Anteil der Konsumgütererzeugung, der Wohnbauten usw.) gibt Aufschluss darüber, was die Bevölkerung davon hat. Die «Pro-Kopf»-Berechnung soll natürlich den Leser dazu verführen, die Zunahme des Staatseinkommens (um den es sich bei der UdSSR handelt) als Zunahme seines Reichtums zu sehen. Schliesslich sind Vergleiche zwischen den Nationaleinkommen von Staaten mit unterschiedlicher Marktwirtschaft überhaupt nur schwer zu ziehen. Es käme darauf an, wie das Natureinkommen erfasst wird, da eigentlich nur mit geldwerten Leistungen gerechnet werden kann.

Aufschlussreich ist in unserer Darstellung immerhin der steile Anstieg der sowjetischen Kurve zwischen 1950 und heute. Hier spielt der Aussenhandel eine gewichtige Rolle mit, der erst nach dem Kriege eine wesentliche Bedeutung erhielt.

Aufteilung des Volkseinkommens: In Leserbriefen an die sowjetische Presse wird geklagt, man könne nach Feierabend keine Zeitung lesen, weder Fernsehen noch Radio einstellen. Der Strom werde nämlich einfach abgestellt. Gegenwärtig unternimmt die Sowjetunion grösste Anstrengungen, um Koordinierung und Zusammenschluss des elektrischen Energienetzes zwischen den europäischen Comecon-Staaten und einem Teil der UdSSR zu forcieren.

Die sowjetische Ausstellung in London, das Gegenstück zur britischen in Moskau, wird am 7. Juli mit 10 000 Ausstellungsgegenständen eröffnet. Teilnehmer sind über 1000 Organisationen aus verschiedenen Teilen der UdSSR, das heisst über 1000-mal der sowjetische Staat. Von 260 maschinellen Einrichtungen, die für den Transport zu gross sind, werden Funktionsmodelle gezeigt.

Ob unter den vielen Gegenständen auch einige Ladenhüter vom Moskauer Warenhaus Gum sein werden? Es soll, wie die «Iswestija» berichtet, mindere oder altmodische Waren im Wert von rund 18 Millionen Franken angehäuft haben, die niemand zu kaufen wünscht. Das Unternehmen habe verschiedene Lieferfirmen mit insgesamt rund 10 000 Briefen zum Versand von Artikeln mit grösserer Nachfrage zu bewegen versucht, aber vergebens. «Einige Firmen beharren starrköpfig auf der Produktion demolierter Kleider, hässlicher Gebrauchsgegenstände oder schlechter Uhren», sagt «Iswestija».